



Modellprojekt „Gleiche politische Teilhabe“

METHODENBRIEF NUMMER 2

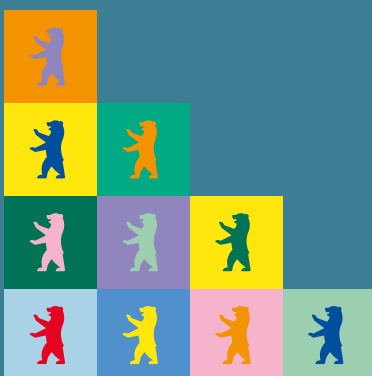
PARTIZIPATION

Inhalt:

Methode 1: Verschenke (d)eine Stimme! Kritische Diskussionen zum Wahlrecht initiieren, S. 2

Methode 2: „Tag vor der Tür“ – Politisches Engagement in der Nachbarschaft, S. 4

Methode 3: Partizipation im Stadtraum lesen lernen, S. 6



Methode 1: Verschenke (d)eine Stimme! Kritische Diskussionen zum Wahlrecht initiieren

Bei der Bundestagswahl 2021 (sowie der Wahl zum Berliner Senat) durften 1,3 Millionen Berliner*innen, das ist fast jede*r Dritte, nicht wählen. Es gibt entsprechend sehr viele Bewohner*innen ohne Repräsentation – und das in einer repräsentativen Demokratie, in der Wahlen ein zentrales Element der Partizipation sind. Die Gründe, warum Menschen nicht wählen dürfen, sind vielfältig: 789.000 Menschen waren von der Wahl ausgeschlossen, weil sie keine deutsche Staatsbürgerschaft haben. Eine weitere große Gruppe sind Kinder und Jugendliche. Für Obdachlose ist die Hürde hoch, sie können nur wählen, wenn sie eine Aufnahme ins Wähler*innenverzeichnis selbst beantragen. Verschiedene Initiativen wählen zum Teil unkonventionelle Wege, diese Ausschlüsse durch das Wahlrecht zu umgehen. Die Methode stellt solche Initiativen vor und regt die TN dazu an, sich Ausschlüsse durch das Wahlrecht bewusst zu machen.

Worum geht's?

Die Methode ist als Aktion im Freien konzipiert. Menschen werden im Vorbeigehen zum Nachdenken angeregt. Ziele sind: Die TN sind sich bewusst, dass nicht alle Menschen, die in Deutschland leben, wahlberechtigt sind. Sie kennen Initiativen, die sich für eine Änderung des Wahlrechts einsetzen oder bestehende Ausschlüsse unterlaufen wollen. Dafür erhalten die TN die im Infotext genannten Informationen zur Bundestagswahl. Zusätzlich erhalten sie Informationen zu Aktionen, die mehr Inklusion fordern: Vor der Bundestagswahl 2013 rief eine Initiative dazu auf, die eigene Stimme an eine Person zu „verschenken“, die selbst nicht an die Wahlurne darf. Inspiriert war die Aktion von einem Text der Journalistin und Autorin Mely Kiyak, in dem sie von einem Wahlrecht für alle träumt. Das Vorgehen der Initiative war simpel: „Frag die Person, der Du Deine Stimme schenken magst, welche Partei Du ankreuzen sollst“, und dann sollte entsprechend gewählt werden. Vor der Wahl 2021 wurden die „Enkelkinderbriefe“ sehr kontrovers diskutiert: Die Kampagne richtete sich an Kinder und Jugendliche unter 18, die ihre Großeltern auffordern sollten, eine Partei mit starkem klimapolitischem Profil zu wählen.

Was wird benötigt?

Ein öffentlicher Ort, an dem viele Menschen vorbeikommen; Geschenkband, bunte Karten, dicke Filzstifte, selbstgemachte Infotafeln. Nach Möglichkeit (heiße) Getränke und Snacks auf einem kleinen Tisch.

Ablauf

Vorbereitung

Zunächst wird ein Ort gesucht, der sich für die Aktion eignet. Vorschläge hierfür sind etwa ein gut zugänglicher, hoher Zaun, oder ein nicht zu dicht bewachsener Baum, dessen Äste gut erreichbar sind, so dass die von den TN beschrifteten Karten gut lesbar daran befestigt werden können. Die Infoblätter (siehe Anhang) werden ausgedruckt oder auf Plakaten gestaltet. Das Material wird an den ausgewählten Ort gebracht und die Infotafeln gut sichtbar angebracht.

Erarbeitung und Reflexion

Vorbeigehende Menschen werden an den Zaun oder Baum eingeladen, wo sie von den Trainer*innen Infos zum Anlass der Aktion bekommen oder die Infotafeln lesen können. Die Trainer*innen befragen die TN: Wem würden Sie Ihre Stimme schenken? Was halten Sie von den vorgestellten Initiativen? Gibt es persönliche Erfahrungen zu dem Thema? Anschließend werden die TN aufgefordert, gut lesbar einen Gedanken zum Thema auf eine Karte zu schreiben: Eine Person, der sie selbst eine Stimme schenken wollen; eine Idee, wer alles wählen dürfen sollte; ein Gefühl, das das Thema bei ihnen auslöst; oder eigene Ideen, wie die Ausschlüsse umgangen werden können und so weiter. Passant*innen, die selbst kein Wahlrecht haben, sollten hier immer mitgedacht werden. Es ist davon auszugehen, dass auch Menschen angesprochen werden, die selbst nicht wählen dürfen. Den Passant*innen sollte durch eine offene Frage die Möglichkeit gegeben werden, von ihrer eigenen Situation und ihren Erfahrungen zu berichten, etwa: Kennen Sie Menschen, die nicht wählen dürfen? Für die Reflexion ist es wichtig, sensibel auf

etwaige Betroffenheit zu reagieren, damit niemand mit einem Ohnmachtsgefühl zurückgelassen wird. Mit Hilfe der Trainer*innen werden die Zettel gut sichtbar und nach Wunsch geclustert an dem Baum oder Zaun angebracht. Die Aktion sollte über einen längeren Zeitraum andauern, damit sich zahlreiche Karten sammeln und so eine Art Galerie entsteht, die andere Menschen anschauen und ggf. ergänzen können.

Worauf achten? Praxistipps

Für einen leichteren Einstieg kann es hilfreich sein, wenn das Team bereits zu Beginn selbst einige Karten ausfüllt und aufhängt, um die Hürde zur Teilnahme zu senken. Für den Datenschutz ist es wichtig, dass keine Vor- und Nachnamen auf einen Zettel notiert werden dürfen! Es geht bei der Aktion nicht darum, die Teilnehmenden von einem Richtig oder Falsch zu überzeugen; sie sollen sich selbst eine Meinung zum Thema Wahlrecht und damit verbundenen Ausschlüssen bilden. Für die Zugänglichkeit sollten der Infotext und die Karten gut lesbar sein (große Schrift). Eine bunte und liebevolle Gestaltung und (gerade im Herbst) ein heißes Getränk laden zum Verweilen und diskutieren ein.

Lesetipp:

<https://melysiere-deine-stimme.blogspot.com/>

<https://www.rbb24.de/politik/wahl/abgeordnetenhaus/agh-2021/beitraege/wahlberechtigte-abgeordnetenhaus-berlin-wahlrecht.html> (letzter Zugriff jeweils 09.11.2021)

Anlage zu Methode 1

Anhang M1 - Wer darf wählen?

Anhang M2 - Melysiere deine Stimme!

Anhang M3 - #Enkelkinderbriefe

Methode 2: „Tag vor der Tür“ – Politisches Engagement in der Nachbarschaft

Worum geht's?

Politisches Engagement findet in großem Maße außerhalb parteipolitischer Strukturen statt: Institutionen schließen sich politischen Forderungen an oder machen Lobbyarbeit, Menschen schließen sich zu Gruppen zusammen, basteln Schilder für die nächste Demo, nutzen ihre Stimme im Internet oder vermitteln politische Botschaften mit ihrer Kunst. Und nicht zuletzt ist doch auch das Private politisch, oder? Auf der Kiezveranstaltung „Tag vor der Tür“ machen politisch Engagierte ihre Aktivitäten sichtbar, verständlicher und damit zugänglicher für die Anwohner*innen. Sie öffnen nicht nur ihre Türen wie beim Tag der offenen Tür, sondern verlagern ihr Engagement einen Tag lang von drinnen nach draußen. Dort suchen sie das Gespräch mit Besucher*innen und Passant*innen.

Was wird benötigt?

Je nach Bedarf Werbeflyer, (Sprüh-)Kreide, gestaltete Plakate, die von allen Beteiligten für ihre Botschaften genutzt werden können (einheitlich, damit die Zugehörigkeit zur Veranstaltung sofort erkennbar ist); ggf. im Kiez ausleihbar: Stände, Infotische, Pavillons, Moderationstafeln/Flipcharts, große Kaffeemaschinen, Grill, Beamer usw.

Wie ist der Ablauf?

Vorbereitung

Im besten Fall besteht bereits eine gute Vernetzung mit Institutionen und Einzelpersonen in der Nachbarschaft. Zusätzlich sollte eine Recherche und Ansprache von demokratischen, politisch aktiven Akteur*innen im Kiez erfolgen, die mitmachen könnten. Politisches Engagement darf sehr offen interpretiert werden. Die Engagierten können entweder bereits bei der Planung oder als Teilnehmende mitmachen. Über Aushänge, Kiezzeitungen, Social Media oder Plattformen wie nebenan.de könnt ihr die Veranstaltung bewerben.

Erarbeitung

Das primäre Ziel ist, politisches Engagement sichtbar zu machen. Der „Tag vor der Tür“ soll für Irritationen im öffentlichen Raum sorgen, etwa durch ein (Home-)Office auf dem Gehweg oder einen Stuhlkreis samt Flipchart auf der Wiese. Und wie wär's, wenn der nächste Flyer im Freien entworfen, die nächste Kampagne vor der Tür geplant oder das nächste Schild für die Demo draußen gemalt wird? Warum nicht die Ideen von Passant*innen in den Prozess einbinden? Am besten entscheiden sich die Teilnehmenden für eine klare Message oder eine Forderung, die ihr Engagement repräsentiert und die sie gut sichtbar auf Transparente oder mit (Sprüh-)Kreide auf den Boden am Ort ihres Wirkens schreiben. Wenn möglich, ist es hilfreich, Essen oder Getränke anzubieten, um mit Passant*innen ins Gespräch zu kommen. Für die besonders Interessierten kann ein Rundgang angeboten werden, der zu unterschiedlichen beteiligten Akteur*innen führt. Ein weiteres Format, das als Beitrag des eigenen Projektstandorts oder auch als eine Art Kick-off-Event in den „Tag vor der Tür“ integriert werden kann, ist ein moderiertes Gespräch mit einer (oder mehreren) politisch aktiven Person. Das kann ein*e Berufspolitiker*in sein, aber auch ehrenamtlich Politik gestaltende Menschen. Ein weitgehend unbekanntes Ehrenamt etwa sind sogenannte Bürgerdeputierte. Bürgerdeputierte sind Bürger*innen, die stimmberechtigt an der Arbeit der Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) mitwirken. Besonders ist hierbei, dass die deutsche Staatsangehörigkeit *keine* Voraussetzung ist. So könnte eine der wenigen institutionellen Beteiligungsmöglichkeiten für Menschen nicht-deutscher Staatsangehörigkeit bekannter gemacht werden. Recherchieren lassen sich die Ausschüsse und Bürgerdeputierten über:

<https://www.berlin.de/politische-bildung/politikportal/politik-in-berlin/hauptverwaltung-und-bezirksverwaltung/ausschuesse-und-buergerdeputierte/> (Anmerkung: Die Informationen sind je nach BVV und Ausschuss unterschiedlich aktuell und transparent. In jedem Fall sind dort aber Kontaktmöglichkeiten zu finden.)

Anregungen für die Umsetzung des Gesprächs: Für eine Atmosphäre auf Augenhöhe bietet sich ein Sitzkreis an, möglichst mit etwas Abstand zur Straße und sonstigen Lärmquellen, damit ein Gespräch in größerer Runde möglich ist. Einige Fragen, die an die*den Bürgerdeputierte*n (BD) gerichtet werden könnten: Wie sind Sie BD geworden? Was braucht es, um BD zu werden? Was ist Ihre Motivation? Welche Expertise bringen Sie in den Ausschuss? Inwiefern empfinden Sie Ihr Engagement als BD als politische Teilhabe? Wie ist der Umgang und die Gesprächskultur im Ausschuss? Inwiefern herrscht in Ihrem Ausschuss eine Sensibilität für soziale Ungleichheit, Rassismus und Diskriminierung? Gibt es eine feste Gruppe, mit der regelmäßig gearbeitet wird, können auch gemeinsam Fragen vorbereitet werden. Neben einer gut vorbereiteten Moderation ist viel Raum für Fragen der Teilnehmenden wichtig. Je nach Absprache mit dem Gast kann dies zugleich auch ein Raum sein, in dem die Teilnehmenden ihre eigenen Wünsche und Forderungen an die Bezirkspolitik (mit Bezug zum entsprechenden Ausschussthema) richten, mit der Bitte an die*den Bürgerdeputierte*n, diese in den Ausschuss zu tragen.

Worauf achten? Praxistipps

*Einladung von Bürgerdeputierten oder Politiker*innen:* Gerne kann je nach Kiez und zu erwartendem Publikum eine Person mit Erfahrungen, die Bezug zur Lebenswelt im Kiez haben, eingeladen werden. Im Falle eines stark migrantisch geprägten Kiezes sollte eine inhaltliche/fachliche Reduktion auf „Migration und Integration“ unbedingt vermieden werden, um nicht die strukturelle Asymmetrie zu reproduzieren, dass migrantische Menschen vor allem über „migrantische“ Themen sprechen sollen. *Sprache:* Wenn möglich und bei Bedarf Dolmetscher*innen einbinden und nicht nur mit deutscher Schriftsprache arbeiten, sondern auch non-verbale und mehrsprachige Interaktion ermöglichen. *Politisches Spektrum:* Je nach lokalen Gegebenheiten sind besondere Vorsichtsmaßnahmen in Bezug auf diskriminierende und demokratiegefährdende Akteur*innen und Botschaften treffen, sowie im Vorfeld Interventionsstrategien zu entwickeln; im Zweifel vom Hausrecht Gebrauch machen. *Rechtliches:* Veranstaltungserlaubnis einholen: <https://service.berlin.de/dienstleistung/324911/>. Zur Sicherheit auch abklären, ob es sich um eine Versammlung handelt, die angemeldet werden muss. Zuständig in Berlin ist das Polizeipräsidium. Näheres hier: <https://kreativisten.org/howtos/behoerdenkrams/anmeldung-einer-versammlung/>

Lesetipp

<https://magazin.nebenan.de/artikel/mitmach-set-so-organisierst-du-ein-nachbarschaftsfest>

Methode 3: Partizipation im Stadtraum lesen lernen: Eine Einladung zur Reflexion über unkonventionelle Formen politischer Partizipation und zur konstruktiven Auseinandersetzung mit Destruktion.

In Projekten aufsuchender politischer Bildung ist die Vorstellung schwer erreichbarer oder wenig engagierter Bewohner*innen weit verbreitet. Als politische Bildner*innen sollten wir diese These kritisch hinterfragen. Zum Thema Partizipation ist eine Reflexion unserer eigene „Brille“ auf die Ziele der Förderung von Partizipation interessant: Oft gibt es in Initiativen und Institutionen politischer Bildung ein klares Verständnis davon, wie gelingende politische Partizipation aussieht oder auszusehen hat. Diese Annahmen verdecken, dass sich Partizipation auch jenseits von normativen Vorstellungen vollzieht und damit als solche manchmal unsichtbar bleibt. Es werden „vorhandenes Engagement und Formen des »Politisch-Werdens« im Quartier [...] von bestehenden Angeboten häufig nicht erkannt und daher wenig gewürdigt.“ (Blender 2021, S. 8) Auch können wir darüber nachdenken, ob Nicht-Teilhabe oder Prozesse von Zerstörung Formen der Teilhabe sind, die sich explizit gegen das Phänomen eines „Particitainment, der Inflationierung nachhaltig wirkungsloser Teilhabe-Verfahren“ (Klaus Selle, in: Heindl 2020, S. 129) richten. Sie können Enttäuschung über Ausgrenzung oder erfolglose Teilhabeversuche ausdrücken. Dazu möchte die hier vorgestellte Methode anregen.

Worum geht's?

Die Methode ist als Einstieg in die Entwicklung partizipativer Projekte gedacht. Sie soll eine Reflexion über politische Partizipation und Formen des „Politisch-Werdens“ anregen und genutzt werden, um Formate zu entwickeln, die an vorhandenen Formen der Partizipation und Mitgestaltung im Stadtraum anknüpfen.

Was wird benötigt?

Kleine Poster, ggf. Laminiergerät, ggf. Sprühkreide

Ablauf

Vorbereitung

Zur Vorbereitung sollten sich die Trainer*innen mit unkonventionellen Formen der Partizipation auseinandersetzen. Nach Möglichkeit sollte eine Route für den Quartiersspaziergang im Vorfeld ausgearbeitet werden.

Die TN, z.B. ein kleiner Kreis Engagierter, verabreden sich zu einem gemeinsamen Kiezspaziergang. Sie haben die Aufgabe, unkonventionelle oder nicht auf den ersten Blick als solche erkennbare und vielleicht auch unerwünschte oder kriminalisierte Formen der Partizipation als solche zu lesen. Ein bekanntes Beispiel sind z.B. Graffiti, Installationen oder Posts. Dazu kann kritisch diskutiert werden: Wie bewerten und interpretieren wir z.B. Zerstörungen oder Beschädigungen im öffentlichen Raum als mögliche Partizipation? Der Spaziergang lädt dazu ein, darüber nachzudenken, warum bestimmte Orte oder Infrastrukturen umgestaltet oder zerstört werden. Was steckt dahinter?

Erarbeitung und Reflexion

Die TN erkunden bei ihrem Kiez-Rundgang Orte, an denen sie Formen von unkonventioneller Partizipation zu erkennen meinen. Sie sammeln Gründe und Erklärungen dafür, warum es sich hier um Formen von z.B. zerstörerischer Partizipation handeln könnte. Sie können eigene Überlegungen oder auch Fragen formulieren, z.B.:

Was ist das für ein Ort und wer nutzt ihn? Wen lädt der Ort ein, wen schließt er vielleicht aus? Was ist an dem Ort verändert/ zerstört worden? Sagt uns die Art der Zerstörung etwas darüber, was an dem Ort geändert werden könnte/müsste?

In einem zweiten Schritt werden die Spuren unkonventioneller Partizipation markiert und so auch für Außenstehende sichtbar gemacht. Die TN bilden ihre Vermutungen oder Fragen ab, indem sie diese mit Sprühkreide aufschreiben oder durch laminierte Schilder an den auffälligen/zerstörten Orten anbringen. Auf diese Weise können auch Passant*innen darauf aufmerksam gemacht werden. Als Anregung zum Weiterarbeiten können die TN darüber sprechen, welches gefundene Objekt oder welche unkonventionelle Partizipationsform sie besonders überraschend oder spannend finden. Die TN können kreative Formen der Auseinandersetzung diskutieren und umsetzen, die eventuell auch andere Menschen aus dem Kiez einbeziehen, etwa in kleinen Diskussionsrunden, alternativen Stadtführungen oder kreativen Umgestaltungen gefundener Orte. Auch ist es denkbar, durch diese kleinen Interventionen langfristige Partizipationsprozesse ins Leben zu rufen. Es kann zum Beispiel der Kontakt zur städtischen Verwaltung, den Verkehrsbetrieben oder anderen Akteur*innen bewusst aufgenommen werden, um mit diesen gemeinsam nach Lösungen für konkrete Probleme zu suchen. Somit werden konkrete und konstruktive Wege aufgezeigt, wie aus Destruktion im Stadtraum Neues entstehen kann.

Worauf achten? Praxistipps

Die hier vorgestellte Methode ist kein Tool zur konventionellen Partizipationsförderung. Sie soll politischen Bildner*innen Anregungen geben, sich mit anderen, unkonventionellen und auch kriminalisierten oder für die Mehrheitsgesellschaft illegitimen Formen der Partizipation auseinanderzusetzen.

Wenn die Reflexion als Einstieg in ein partizipatives Projekt genutzt werden soll, sollte in der Vorbereitung eine Auseinandersetzung mit den Zielen und Möglichkeiten der Partizipation im Projekt stattfinden, damit es nicht zur Schein-Partizipation wird. Wie viel Teilhabe oder welche Stufe von Teilhabe kann das Projekt ermöglichen?

Lesetipp

Blender, Johanna (2021): Aufsuchende politische Bildung im Quartier, Minor/Part Q. : https://minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2021/07/Minor_PartQ_Aufsuchende-politische-Bildung-im-Quartier_2021.pdf

Heindl, Gabu(2020): Stadtkonflikte. Radikale Demokratie in Architektur und Stadtplanung. Mandelbaum Verlag. *Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2012): "Handbuch der Partizipation"*

https://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf.

Entstanden im Rahmen des Modellprogramms „**Gleiche politische Teilhabe - Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung im Quartier**“ (2020 bis 2024).

Im Projekt werden modellhaft in vier Berliner Bezirken Ansätze einer aufsuchenden politischen Bildung erprobt, um politische Teilhabe zu fördern. Aufsuchende politische Bildung setzt an der Lebenswelt der Menschen vor Ort an und leitet daraus politische Themen ab. Die Teilnehmenden werden eingeladen, die Relevanz politischer Fragestellungen für ihren Alltag wahrzunehmen und gleichzeitig darüber informiert, welche Einfluss- und Beteiligungswege ihnen offenstehen.

Politische Teilhabe ist gesellschaftlich ungleich verteilt. Durch eine aufsuchende politische Bildung sollen Hemmungen überwunden werden, die durch Mechanismen der Selbst- und Fremdausschlüsse von der politischen Sphäre und durch diskriminierende Signale entstehen.

Impressum

Autorin: Britta Hecking in Zusammenarbeit mit Luisa Bläse, Anna-Lilja Edelstein, Helen Müller, Amina Nolte und Johanna Voß

Lektorat: Annette Wallentin

Herausgeberin: Berliner Landeszentrale für politische Bildung
Amerika Haus, Hardenbergstraße 22-24, 10623 Berlin
www.berlin.de/politische-bildung

September 2021

Gefördert im Rahmen des Modellprojektes „Gleiche politische Teilhabe“ mit Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung.

